



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser, am Freitag haben wir das neue Integrationsgesetz in erster Lesung beraten. Gemäß dem Motto „Fördern und Fordern“ bieten wir zum einen 100.000 zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge an. Ziel ist die niederschwellige Heranführung an den Arbeitsmarkt. Weiterhin verbessern wir die Situation bei der Berufsausbildung. Flüchtlinge haben Anspruch auf die unterschiedlichen Beihilfen. Vor allen Dingen erhalten sie eine Duldung für die Gesamtdauer ihrer Ausbildung.

Zum anderen wird es aber auch eine Ein-

schränkung der Leistungen geben, wenn Asylbewerber z.B. Integrationsmaßnahmen einseitig abbrechen. Für eine Frist von drei Jahren wird zudem für die Länder die Möglichkeit geschaffen, Flüchtlingen den Wohnort zuzuweisen bzw. eine Zuzugssperre für bestimmte Orte zu erlassen. Damit soll der Gettobildung vorgebeugt werden. Auch müssen Flüchtlinge Auskunft über ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse geben.

Die Integration der zahlreichen Flüchtlinge kann indes nicht allein Aufgabe des Staates sein. Ich bin froh und dankbar, dass so viele ehrenamtliche Helfer ihre Freizeit investieren, um die Neuangekommene-

nen z.B. bei Behördengängen zu begleiten oder ihnen Deutsch beizubringen. Ohne dieses überwältigende bürgerschaftliche Engagement ist die Integration so vieler Menschen nicht zu schaffen. Ich bemühe mich darum seit Wochen, dass dieses Engagement auch im neuen Integrationsgesetz entsprechend gewürdigt wird. Es geht darum, dass alle beteiligten Behörden ehrenamtliche Arbeit anerkennen, unterstützen und fördern.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre
Ihr

Nein zum Fracking

Fracking ist meiner Meinung nach technisch mit zu vielen Risiken behaftet. Vor allem sind die Langzeitfolgen noch nicht absehbar.

Schule
Für den notwendigen Wandel der Gesellschaft müssen wir unbedingt junge Menschen frühzeitig in die politische Verantwortung einbeziehen.

Ortszueingehung Neuzelle
Der Ausbau der B 112 (Ortszueingehung Neuzelle und Eisenhüttenbach) ist dringend erforderlich. Er ist jetzt als vorrangige Maßnahme in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen und schreit nach Handeln der Landesregierung.

Stahlindustrie
Damit die Stahlindustrie im internationalen Wettbewerb bestehen kann, ist ein fairer Emissionshandel erforderlich. Nur so kann der Standort Eisenhüttenstadt gesichert werden.

10 Prozent mehr Freiwillige
Die ehrenamtliche Tätigkeit tut in den letzten 15 Jahren um zehn Prozent zugenommen. Mehr als 33 Millionen Menschen engagieren sich derzeit ehrenamtlich. Freiwillige brauchen mehr Akzeptanz und Kooperation durch die öffentliche Verwaltung.

Besuch im Flüchtlingslager

Zum Jahresbeginn habe ich ein Flüchtlingslager im Libanon besucht und mir vor Ort ein Bild von der Lage gemacht.

Bessere Pflegeleistungen
Maßstab für die Einleitung der Pflegebereitschaft ist zukünftig der Grad der Selbstständigkeit einer Person in allen pflegerischen Bereichen. Davon profitieren bis zu 500.000 Menschen.

fluechtlingshelfer.net
Initiative von Bundestag und

Martin Patzelt, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71 440
Fax: 030/227-74 439
martin.patzelt@bundestag.de
www.martin-patzelt.de

CDU

„Integration ohne Partizipation kann nicht gelingen.“

„Politik ist dringend auf die Bürgerschaft angewiesen“

Martin Patzelt, MdB
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Die Mitte. **CDU** Wahlkreis 68
Potsdam (Brandenburg)
Dahlemer

Mein Engagement im Bundestag

Seit gut zweieinhalb Jahren bin ich Mitglied des Deutschen Bundestages. Der frisch aus der Druckerpresse kommende Flyer gibt anhand von ausgewählten Beispielen Einblick in Arbeitsfelder, in denen ich mich besonders engagiere.

Doppelstadt Frankfurt (Oder)-Slubice gewinnt Wettbewerb



Symbol der Doppelstadt: die Brücke über die Oder

Die Europäische Doppelstadt Frankfurt (Oder)-Slubice ist Preisträger im bundesweiten Innovationswettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ 2016.

Unter dem Motto „NachbarschaftInnovation – Gemeinschaft als Erfolgsmodell“ zeichnen die Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ und die Deutsche Bank in diesem Jahr Projekte aus, welche die Potentiale gemeinschaftlichen Handelns auf innovative Weise nutzen und dadurch zur Lösung gegenwärtiger

und zukünftiger gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen. Die Städte Frankfurt (Oder) und Slubice sind nicht nur durch eine Brücke aus Stein verbunden. Durch deutsch-polnische Bildungseinrichtungen, ein Kooperationszentrum, gemeinsames Stadtmarketing, viele andere ähnliche grenzüberschreitende Kooperationen und daraus gewachsene persönliche Kontakte wurden inzwischen viele lebendige Brücken über die Oder geschlagen. Wie gut das inzwischen funktioniert, zeigt auch

das Projekt „Perspektivwechsel“, bei dem Deutsche und Polen in der Stadt für einen Tag ihren Arbeitsplatz tauschen. Perspektivwechsel ist die Voraussetzung für besseres Verstehen und erfolgreiches Zusammenhandeln, zwischen Menschen wie Institutionen. Ich freue mich sehr, dass die Entwicklung hin zu einer europäischen Doppelstadt mit einer Auszeichnung der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ honoriert wird; diese Städte haben es verdient als Beispiel bekannt zu werden.

Integration ist nicht Aufgabe der Identität

Auf meinen Beitrag „Integration kann ohne Partizipation nicht gelingen“ auf „focus-online“ habe ich viele Zuschriften erhalten. Darum möchte ich an dieser Stelle auf die Reaktionen eingehen:

Aufmerksam habe ich alle Stellungnahmen zu meinem Artikel gelesen. Ich möchte ein offensichtliches Missverständnis, sei dies gewollt oder durch meine Einlassungen provoziert worden, beseitigen. Vermutlich gehen wir in der Debatte immer wieder von sehr unterschiedlichen Begriffsverständnissen aus. Integration bedeutet für mich unverzichtbar die Akzeptanz der hier geltenden Gesetze und Normen.

Sie bedeutet aber nicht die Aufgabe der eigenen Identität, solange diese nicht unsere Geset-

ze verletzt. Auch in Deutschland lebten und leben Menschen mit sehr unterschiedlichen Identitäten, Traditionen, Glaubensüberzeugungen. Ich bin überzeugt, dass ein friedliches Zusammenleben mit den vielen befristet oder dauerhaft in Deutschland lebenden Flüchtlingen anderer Kulturen und Religionen des individuellen Austausches bedarf, damit wir einander besser verstehen, vielleicht diese sogar von unseren Werten überzeugen.

Und ja, Flüchtlinge, für die der Asylgrund verfällt, sollen baldmöglichst in die Herkunftsländer zurückgeschickt werden. Aber was kann es schaden, wenn sie uns als aufgeklärte, tolerante, hilfsbereite und überzeugte Demokraten kennen und schätzen gelernt ha-

ben und diese Erfahrung in ihre Heimat zurücknehmen.

Ich möchte aber auch betonen, dass die zu uns gekommenen Menschen genauso wie die Deutschen vor dem Gesetz gleich sind. Wer eine Straftat begeht, der soll bestraft werden. Durch die vom 17. März beschlossenen neuen Regelungen, die auch straffällige Asylbewerber betreffen, werden sie ihren Schutzstatus verlieren, wenn sie eine Straftat gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung usw. begehen.

Die Leistungen für Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge werden aus Steuermitteln bezahlt. Aber deshalb werden die Sozialleistungen für Deutsche nicht reduziert.

Thailand vor Abstimmung über neue Verfassung



von links: Jaran Ditapichai, Jochen Feilcke, Thomas Gambke, MdB, Sunai Phasuk, Michel Gourary

Das zweite Thailand Hearing, zu dem ich zusammen mit dem Remembrance Forum Germany e.V. am Dienstag (31.5.2016) in den Deutschen Bundestag eingeladen hatte, formulierte als Ergebnis den Wunsch der eingeladenen Menschenrechtsexperten, dass vor der Abstimmung über die neue Verfassung die Umsetzung der Menschenrechte ermöglicht werden müsse. Deutschland möge den thailändischen Weg zu einer neuen Verfassung begleiten und dabei auf den Einbezug der Menschenrechte bestehen.

Sunai Phasuk von Human Rights Watch bezeichnete den 7. August, den Stichtag für das Referendum, als „Point of no return“. Wenn der jetzige Entwurf, der dem Militär letztendlich die Machtausübung für einen längeren Zeitraum belässt, so bleibe und die grundlegenden Menschenrechte, insbesondere die Meinungsfreiheit, vorher nicht wieder ermöglicht würden, komme man über Jahrzehnte nicht zurück zur Basis der Demokratie. Zudem wäre eine schwache Regierung die Folge. Zurzeit würden Kritiker des Verfassungsentwurfes sogar inhaftiert. Der Vorwurf: Bedrohung der nationalen Sicherheit. Phasuk wünschte sich von

Deutschland und insbesondere vom Deutschen Bundestag entsprechende Unterstützung. Die Generäle hätten versprochen, die thailändische Gesellschaft wieder zur Demokratie zurückzuführen. Die Meinung der internationalen Gemeinschaft sei Thailand sehr wichtig, sodass der Einsatz deutscher Abgeordneter sicher zielführend wirken könnte.

Prof. Jaran Ditapichai, Mitglied der Thai National Human Rights Commission, heute im Exil in Frankreich lebend, befürchtet für Thailand einen

nationale Gemeinschaft möge genau hinsehen und die demokratischen Kräfte unterstützen.

Demokratisierung kann nicht verordnet werden. Es ist ein Prozess, der sicherlich unterstützt werden muss. Die Glaubwürdigkeit des handelnden Militärs wird daran gemessen, ob sie erkennbar Thailand auf den Weg in eine demokratische Ordnung führen will. Dazu gehören die Geltung elementarer Menschenrechte und insbesondere die Akzeptanz von Oppositionsparteien. Grundsätzlich



noch größeren Rückschritt. Die Gesellschaft sei bis in die Familien hinein gespalten in "Rothemden" und "Gelbhemden", was zu einer lähmenden Situation geführt habe. Ein Ende der politischen Spaltung, der Korruption und ein moralischer Neubeginn seien dringend nötig. Die inter-

entscheidend ist also, dass demokratische Wahlen ermöglicht und die Wahlergebnisse respektiert werden.

"Thailand an einem kritischen Punkt"

Bericht der Deutschen Welle vom 01.06.2016

<http://dw.com/p/1lyBc>

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Anerkennung des Völkermordes an Armeniern

Am Donnerstag (03.06.2016) stimmte eine überwältigende Mehrheit des Deutschen Bundestages – es gab nur eine Gegenstimme und nur eine Enthaltung – der gemeinsamen Armenien-Resolution von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu. Der Antrag erinnert an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916, dem etwa 1,5 Millionen Menschen im Osmanischen Reich zum Opfer fielen. Ziel des Entschließungsantrages ist es, durch Anerkennung und Aufarbeitung zur Aussöhnung zwischen Türken und Armeniern beizutragen. Ich habe aus tiefer Überzeugung und ohne irgendwelchen Druck dieser Resolution zugestimmt.

Seit dem letzten Jahr haben sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit diesem Gedenken befasst. Es herrscht Einigkeit darüber, dass den Opfern Respekt gezollt werden

muss, sonst sterben sie ein zweites Mal. Und es herrscht Einigkeit darüber, dass das benannt werden muss, was es war: Völkermord.

Im Vorfeld wurde die Resolution von verschiedenen Seiten, insbesondere von der türkischen, kritisiert. Auch hat es Bedrohungen und Einflussnahme auf verschiedene Abgeordnete gegeben. In der Debatte stellten die Redner unter Zustimmung des ganzen Parlaments fest, dass wir uns als Abgeordnete durch keine Drohungen beeinflussen lassen werden und die Meinungsfreiheit ein hohes Gut ist und bleibt.

Die heutige Regierung in der Türkei ist nicht verantwortlich für die Gräueltaten der damaligen Jungtürkischen Regierung. Sie steht aber in der Verantwortung dafür, was daraus in Zukunft wird. Der Deutsche Bundestag bedauert dabei die unrühmliche Rolle des

Deutschen Reiches, das als damaliger militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reichs nicht versucht hat, diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern. Der Deutsche Bundestag steht damit zur besonderen historischen Mitverantwortung seiner Mitschuld.

Die eigene historische Erfahrung Deutschlands hat uns gezeigt, wie schwierig es für eine Gesellschaft ist, dunkle und grausame Taten der eigenen Vergangenheit aufzuarbeiten. Ohne unsere eigene kritische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Aufarbeitung wäre es nie möglich gewesen, eine Aussöhnung mit den Opfern der Shoa, mit Israel zu erfahren. Aus dieser Erfahrung möchten wir dem Versöhnungsprozess zwischen den Türken und Armeniern, der in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten ist, neue Impulse und unser Angebot der Unterstützung geben.

AfD: Mehr Selbstkontrolle wäre besser

Zum Thema Gauland/Boateng habe ich „focus-online“ auf die Frage „Wie müsste sich die AfD verhalten, um als demokratische Kraft zu gelten?“ folgende Antwort gegeben:

"Der Parteivorstand der AfD muss als eine Art Selbstkontrolle sowohl sein Programm als auch alle öffentlichen Äuße-

rungen seiner Führungskräfte mit unserem Grundgesetz abgleichen. Dabei wird er feststellen, dass er des Öfteren - sei es gewollt oder ungewollt - haarscharf danebenliegt. Gerade deshalb sollten die AfD-Führungskräfte, aber auch ihre Mitglieder auf schwammige und

unscharfe Formulierungen verzichten und sich im Zweifelsfall öffentlich von verfassungsfeindlichen und eben auch menschenrechtsfeindlichen Andeutungen, Äußerungen und der Verstärkung von solchen Stimmungen distanzieren.